

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Montag (Nachmittag), 7. März 2022 / Lundi après-midi, 7 mars 2022

Staatskanzlei / Chancellerie d'Etat

7 2021.RRGR.356 Motion 237-2021 von Arx (Schliern b. Köniz, glp)
Ein gemeinsames Zukunftsmodell für die Beziehungen zur Europäischen Union

7 2021.RRGR.356 Motion 237-2021 von Arx (Schliern b. Köniz, pvl)
Un modèle d'avenir commun pour les relations avec l'Union européenne

Vizepräsident. Dann kommen wir zum Traktandum 7, das ist eine Motion. Es ist empfohlen: Annahme und gleichzeitige Abschreibung. Wir haben eine freie Debatte. Der Motionär hat das Wort. Hast du dich angemeldet? – Es ist gut, du hast das Wort.

Casimir von Arx, Schliern b. Köniz (glp), Motionär. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) sind von grosser Bedeutung, und dies auch für unseren Kanton. Die Schweiz und die EU arbeiten in vielen Bereichen zusammen, und Teile davon betreffen zentrale Interessen des Kantons Bern, z. B. den Berner Forschungsstandort, den Bildungsstandort, exportorientierte Wirtschaftszweige, aber auch Dinge wie die Stromversorgungssicherheit.

Letztes Jahr hat der Bund die Verhandlungen zum Rahmenabkommen abgebrochen. Einige finden dies vielleicht gut. Ich bedaure das, aber es ist eigentlich egal, wie man dazu steht. Es ändert nichts daran, dass die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU weiterentwickelt werden müssen. Stand heute sind wichtige Dossiers blockiert, auch dies zum Schaden des Kantons Bern: sei es, dass die Universität Bern nur noch eingeschränkt an den Forschungsprogrammen der EU teilnehmen kann, dass Innovationsprojekte bernischer Unternehmen von der Innovationsförderung des European Innovation Council (EIC) ausgeschlossen sind, dass Unternehmen, die in die EU exportieren wollen, dies nur noch unter erschwerten Bedingungen machen können – beispielsweise die Medtech-Branche, auf die wir ja stolz sind – oder dass unsere Handlungsoptionen zur Verhinderung einer Strommangellage – also zur Verhinderung eines der grössten wirtschaftlichen Risiken für unseren Kanton – eingeschränkt sind. Ich finde dies eine ziemlich beeindruckende Liste und eigentlich Grund genug, um zu handeln. Aber es ist nicht der alleinige Grund, weil ja nicht nur die Interessen unseres Kantons, sondern auch jene der anderen Kantone und des Bundes im Spiel sind, und dafür braucht es ein Gefäss, also einen runden Tisch, an dem der Bund und die Kantone systematisch erörtern können, wo ihre Interessen – ihre jeweils einzelnen Interessen –, aber auch die gemeinsamen Interessen im Zusammenhang mit der Beziehung zur EU liegen, und an dem ein Zukunftsmodell für die Weiterentwicklung dieser Beziehungen ausgearbeitet werden kann. Ein solches Gefäss bereitzustellen bzw. ein schon vorhandenes Gefäss für diesen Dialog zu brauchen, ist der Auftrag dieser Motion.

Der Regierungsrat scheint das Grundanliegen anzuerkennen und empfiehlt die Motion zur Annahme. Das freut mich natürlich. Weniger freut mich, dass diese Motion auch gerade abgeschrieben werden soll. Grund für diese Abschreibung ist gemäss der Antwort des Regierungsrates die Existenz des sogenannten Europa-Dialogs. Das ist ein Austauschgefäss für den Dialog zwischen Bund und Kantonen zu Europafragen. Das tönt gut, überzeugt aber eigentlich nicht. Die Motionärinnen und Motionäre bestreiten die Abschreibung. Die Ausführungen des Regierungsrates zeigen nämlich nicht auf, dass der geforderte, systematische und auf die Erarbeitung eines Zukunftsmodells für die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU ausgerichtete Dialog so bereits stattfindet. Der Regierungsrat schreibt ja, man habe letztes Jahr an diesem Europa-Dialog z. B. über den Brexit geredet. Das ist zwar sicher auch interessant und wichtig, aber das ist etwas anderes als das, was die Motion fordert.

Dass es noch an weiteren Grundlagen fehlt, belegt im Übrigen auch die Antwort auf die Interpellation 236-2021. Sie trägt den selbsterklärenden Titel: «Der Kanton Bern braucht eine saubere Interessenabwägung im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU». Wie man dort nachlesen kann, befasst sich der Regierungsrat im ersten Halbjahr 2022 mit einer Interessenabwägung. Er will nämlich klären, welche Auswirkungen es für den Forschungsstandort, für den Bildungsstandort, für die Medtech-Branche, für den Strombereich und weitere Sektoren im Kanton Bern hätte, wenn man die bestehenden bilateralen Verträge nicht mehr aktualisiert und keine neuen Verträge abgeschlossen werden. So, wie es zu erwarten ist, werden die Schweiz und die EU sich nicht verständigen können.

Es ist, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf, schon einigermaßen erstaunlich, dass eine derart wichtige Interessenabwägung erst jetzt stattfindet. Es geht hier immerhin um Dinge wie die Reputation und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Universität Bern oder die Stromversorgung. 2019 hat sich der Regierungsrat in einem Schreiben an die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zwar zum Rahmenabkommen geäußert, aber derart defensiv und einseitig, dass man den Eindruck gewinnt, er hätte sich nur mit möglichen Nachteilen dieses Rahmenabkommens befasst – z. B. im Zusammenhang mit staatlichen Beihilfen –, statt auch mit den Vorteilen, wie dies nötig ist, wenn man eine Interessenabwägung machen will. Es ist zwar gut, dass jetzt eine Interessenabwägung erfolgt – besser spät als nie –, aber die Abschreibung würde auch vor dem Hintergrund, dass diese Interessenabwägung durch den Kanton, die er ja dort einbringen soll, noch gar nicht gemacht ist, fälschlicherweise suggerieren, dass schon ein Dialog stattfindet, in dem der Kanton Bern seine Interessen systematisch einbringt, was er ja ohne Interessenabwägung gar tun nicht kann. Ich bitte Sie darum, diese Motion anzunehmen, aber noch nicht abzuschreiben, bis der Regierungsrat konkreter aufzeigen kann, dass er in diesem erwähnten Europa-Dialog tatsächlich an einem Zukunftsmodell für die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU arbeitet. Die glp-Fraktion schliesst sich dem an.

Vizepräsident. Bitte die Diskussionen wieder etwas zurückfahren oder hinausgehen. Es besteht ein ziemlich hoher Lärmpegel. – Gibt es Fraktionen, die dazu Stellung nehmen wollen? – Für die EVP hat Grossrätin Streit das Wort.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP), Mitmotionärin, Fraktionssprecherin. Ich bin nicht nur Fraktionssprecherin, sondern auch Motionärin, und ich und meine Fraktion sind gegen die Abschreibung dieser Motion. Was wir als Motionärinnen und Motionäre fordern, ist ein Zukunftsmodell für die Beziehungen der Schweiz mit der EU. Wir fordern nicht, dass am runden Tisch der Status quo diskutiert und justiert wird. Ich bin zwar keine EU-Spezialistin, und auch in der Wirtschaftspolitik bin ich nicht Fachfrau. Aber was ich einfach feststelle, ist, dass der Bundesrat die Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen abgebrochen hat. Seither ist das Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz unsicher, abgekühlt. Die Gesprächsbereitschaft ist viel weniger vorhanden. Casimir von Arx hat ja bereits aufgezählt und eben von dieser Liste gesprochen – von dieser beeindruckenden Liste –, wo es überall Schwierigkeiten gibt. Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass wir einfach immer am Tisch sitzen.

Wir können uns jetzt auf den Standpunkt stellen, dass der Bundesrat das Ganze verbockt hat und dass er diese Suppe auslöffeln soll. Das wäre zu einfach und würde nicht zum Ziel führen, wie wir in den letzten Monaten auch gesehen haben. Offensichtlich genügt es nicht, mit Reisediplomatie das frühere Verhältnis zur EU wiederherstellen zu wollen.

Ich will vor allem auch daran erinnern, dass die junge Generation ganz anders denkt als im Moment der Bundesrat. Die Aktion Libero will das grösste strukturelle Problem der Schweiz, unsere Beziehungen zur EU, mit einer Initiative lösen. Ich war kürzlich an einem Podium im Gymnasium Neufeld zum Thema EU. Dort ist die Mehrheit der Gymnasiasten der Ansicht, dass man das Gespräch über ein Rahmenabkommen nochmals aufnehmen muss. Es ist klar, dass das Verhandlungsmandat mit der EU beim Bundesrat liegt. Das will ich auch nicht bestreiten. Der Bundesrat ist aber relativ weit weg von den Alltagsproblemen, welche die Wirtschaft mit der EU hat. Die Kantone sind da sehr viel näher dran. Ausserdem würde dieser runde Tisch den Vorteil bieten, dass man eine breitere Basis

hätte und besser einen Konsens – der in der Schweiz dann auch wirklich funktioniert – aushandeln könnte, wie es mit dem Verhältnis zur EU weitergehen soll. An diesem runden Tisch müssten ja nicht unbedingt ganz andere Leute sitzen, als jetzt an diesen Sitzungen teilnehmen, die in der Antwort erwähnt sind. Es ging ja einfach darum, ein Zukunftsmodell zu entwickeln und nicht das aktuelle Verhältnis mit der EU zu bejammern. Solche Diskussionen brauchen Zeit, und man sollte eigentlich jetzt schon damit anfangen.

Vielleicht noch einen Nachtrag: Bekanntlich hat die Schweiz die Sanktionen der EU im Ukraine-Krieg übernommen. Das wird ja immer noch sehr stark diskutiert. Vielleicht wäre dies jetzt gerade ein guter Ausgangspunkt, um das Verhältnis zur EU zu überdenken.

Jan Remund, Mittelhäusern (Grüne), Mitmotionär, Fraktionssprecher. Ich bin hier Mitmotionär und auch Fraktionssprecher. Für die Europafrage ist ja eigentlich die nationale Ebene zuständig, aber es gibt auch Punkte, bei denen die Kantone gefragt sind und ihren Beitrag leisten müssen, wie bei diesem runden Tisch.

Von mir aus gesehen sollen und müssen die Kantone beim Bund Druck machen. Der Bundesrat zeigt in der Europafrage zu wenig Verantwortung, zu wenig Führung und ist blockiert. Auch der vorletzte Woche vorgeschlagene Vorschlag des Bundesrates ist kaum zielführend. Das Verhandeln von parallelen Dossiers wird wohl kaum Anklang bei der EU finden und wird zu Recht als Rosinenpickerei angeschaut werden. Der Alleingang kostet enorm viel, bei der Wissenschaft, bei der Stromwirtschaft, bei der Exportwirtschaft, um noch ein paar Beispiele zu nennen. Zugegebenermassen sind schwierige Fragen zu klären und abzuwägen. Wie viel Europa wollen wir beim Arbeitsschutz oder bei der Streitschlichtung? Das Nichtstun und das Hinausschieben sind aber schädlich für die Schweiz. Der Regierungsrat schreibt, dass er diese Haltung teilt, aber alles schon gemacht hat, was er kann. Das ist aber nicht genug. Die Situation ist blockiert und nicht zufriedenstellend. Ich bitte darum, die Motion anzunehmen und die Abschreibung abzulehnen. Bei der Frage der Abschreibung ist die Fraktion allerdings geteilter Meinung. Ein Teil will es abschreiben, ein Teil nicht.

Karin Fisli, Meikirch (SP), Fraktionssprecherin. Der Motionär schreibt, dass eine gute, belastbare und verlässliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU von entscheidender Bedeutung auch für die Zukunft des Kantons Bern sei. Mit dieser Aussage bin ich völlig einverstanden. Wir brauchen eine gute, funktionierende Zusammenarbeit. Der Kanton Bern ist abhängig von der EU. Gerade in Zeiten wie im Moment wird einem dieses Abhängigkeitsverhältnis bewusst. Der Kanton Bern nimmt regelmässig am sogenannten Europa-Dialog teil. Unser Regierungsrat Christoph Ammann ist als Mitglied in diesem leitenden Ausschuss dabei. Er bringt also die Sicht des Kantons Bern an der vordersten Front sowohl in diesen Ausschuss als auch in die KdK ein.

Als für das Thema Aussenbeziehungen zuständiges Kommissionsmitglied der SAK kann ich sagen, dass Regierungsrat Ammann uns immer wieder über den Stand der Dinge in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der EU informiert. Es haben in diesem Jahr drei Treffen zwischen dem Bund und den Kantonen stattgefunden, an denen er dabei war und vehement die Interessen des Kantons Bern vertreten hat. Mehr kann der Kanton Bern aus unserer Sicht nicht machen. In diesem Sinn stimmt die SP-JUSO-PSA dem Regierungsrat zu und wird diese Motion grossmehrheitlich annehmen und abschreiben.

Andreas Mühlemann, Grasswil (Die Mitte), Fraktionssprecher. Die Mitte-Fraktion ist wie der Regierungsrat klar der Meinung, dass die Beziehungen zur EU wichtig sind. Dazu dient die Vereinbarung vom 5. Juni 2012. Dort sind neben dem Bund und den Kantonen verschiedene Gremien, das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) usw. vertreten. In diesem Europadialog findet regelmässig ein Austausch statt, so z. B. über das Rahmenabkommen Schweiz-EU usw. Es ist uns wichtig, dass der Dialog zwischen Kanton und Bund stattfindet. Deshalb sehe ich nicht ein, dass wir hier etwas ändern müssen. Wir stimmen der Motion zu, mit gleichzeitiger Abschreibung.

Vizepräsident. Ich überlege gerade, ob es noch reicht. Wenn es noch Einzelsprecher gibt, sollen diese sich anmelden. Ich schliesse sonst nachher die Sprecherliste. Dann reicht es wahrscheinlich noch, um dieses Geschäft zu beenden. – Für die FDP hat Grossrat Niederhauser das Wort.

Jean-Luc Niederhauser, Court (PLR), porte-parole de groupe. A l'heure où les rapports de force changent et certains marchés économiques se referment, la Suisse a besoin plus que jamais de resserrer les liens avec l'Union européenne. Comme le soulignent les motionnaires, une coopération efficace, fiable et solide entre la Suisse et l'Union européenne est d'une importance cruciale pour le canton de Berne.

Dans le Jura bernois par exemple, région fortement industrialisée, un emploi sur deux est en lien avec le secteur secondaire. Selon les milieux économiques, la rupture des négociations avec l'Union européenne, s'est fortement fait ressentir. Une table ronde réunissant les cantons et la Confédération mais également les différents acteurs économiques ou encore scientifiques, permettrait de bien cerner tous les enjeux. Le groupe PLR va soutenir cette motion et une partie va voter en faveur de son classement.

Vizepräsident. Also: Wir haben noch eine Sprecherin, und dann redet der Staatsschreiber noch kurz. Das reicht noch. Wir machen dieses Geschäft fertig und stimmen noch darüber ab. – Für die SVP hat Grossrätin Aebischer das Wort

Verena Aebischer, Guggisberg (SVP), Fraktionssprecherin. Ich mache es relativ kurz. Die Motionäre fordern den Regierungsrat auf, sich für einen runden Tisch einzusetzen, an dem man eben an den Beziehungen zur EU arbeiten soll. Der Regierungsrat möchte die Annahme und die gleichzeitige Abschreibung. Sie können sich vorstellen: Die SVP sieht dies ein bisschen anders. Das, was bisher in Bezug auf die Beziehungen zur EU stattfindet, ist aus unserer Sicht absolut ausreichend. Die Festhaltung an den bisherigen Verträgen ist in Ordnung und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist sinnvoll. Auf Bundesebene wird aber an der Beziehung mit der EU gearbeitet und wichtige Dialoge findet statt. Überschätzen wir uns doch hier nicht. Unser Land ist bisher gut damit gefahren, selbständig und neutral zu bleiben und sich nicht näher an die EU anzubinden. Ich denke nicht, dass ausgerechnet jetzt der Zeitpunkt ist, um darüber zu diskutieren. Sofern dieser Vorstoss angenommen wird, werden wir der Abschreibung zustimmen. Aber wir sind der Meinung: Es gibt einfach Beziehungen, die man nicht weiterverfolgen sollte, und wir werden es ablehnen.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Ich beantrage Ihnen im Namen des Regierungsrates, diesen Vorstoss nicht bloss anzunehmen, sondern vor allem auch abzuschreiben.

Die Beziehungsregelung mit der EU ist Sache des Bundes; es ist gesagt worden. Auf Bundesebene ist der Bundesrat zuständig. Wir haben aber in der Schweiz dieses System, damit wir für diesen Europa-Dialog ein Gefäss haben, in dem der Bundesrat die Kantone einbezieht. Wir haben als Kanton Bern einen festen Sitz im leitenden Ausschuss der KdK, und der Wirtschaftsdirektor des Kantons Bern ist Mitglied der KdK und des leitenden Ausschusses, und in dieser Funktion nimmt er Teil am Europa-Dialog. Der Kanton Bern hat also die privilegierte Situation, dass er in dieses gemeinsamen Gefäss Bund/Kantone integriert ist und an der Positionierung gegenüber der EU, an der Entwicklung dieser Fragen und an der Positionierung der Schweiz mitwirkt. Wie soll man in diesem Europa-Dossier weitermachen? Es macht keinen Sinn, den Regierungsrat zu verpflichten, der KdK zu schreiben, man solle ein neues Gefäss schaffen. Es gibt bereits ein solches Gefäss. Dort finden diese Diskussionen statt. Nehmen Sie deshalb diesen Vorstoss bitte an, aber schreiben Sie ihn vor allem auch ab.

Vizepräsident. Dann kommen wir zur Abstimmung über dieses Geschäft: Wer dieser Motion zustimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.356

Annahme / Adoption

Ja / Oui	88
Nein / Non	38
Enthalten / Abstentions	0

Vizepräsident. Sie haben diese Motion angenommen.

Dann stimmen wir über die Abschreibung ab: Wer die Motion abschreiben will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.356: Abschreibung / classement

Annahme / Adoption

Ja / Oui	93
Nein / Non	33
Enthalten / Abstentions	1

Vizepräsident. Noch kurz warten, ich habe noch eine Mitteilung. – Sie haben der Abschreibung zugestimmt.

Heute Abend findet eine öffentliche SAK-Sitzung statt. Das heisst, dass Sie Ihre Tischchen räumen müssen. Bitte alles mitnehmen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und bis morgen, gesund und munter.

Die Sitzung endet um 16.30 Uhr. / La séance se termine à 16 heures 30.

Protokoll: / Procès-verbal :

Eleonora Windler (d)

Ursula Ruch (f)